



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 01.10.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Sporthalle Poppenweiler - Raumprogramm

Vorl.Nr. 285/19

Beschluss:

Das beigefügte Raumprogramm der Sporthalle Poppenweiler wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er TOP 1 auf.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf die ursprüngliche Vorlage 104/19 zum Raumprogramm, anlehnend an die Hohenecker Halle, ein. Im Zuge der damaligen Aussprache sei noch weiterer Klärungsbedarf aufgekommen. Die Maße sollten mit den Sportvereinen abgestimmt werden. Zudem sei die Information über die bisherige Vorgehensweise bei Hallen, die dominant vom Vereinssport belegt werden, angefordert worden. Diese Informationen seien in der heutigen Vorlage Nr. 285/19 abgehandelt.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wolle die Haushaltsberatungen abwarten und zeigt sich heute zögerlich. Zumindest solle die Haushaltsklausur abgewartet werden. Weiter spricht sie die Prioritätenliste an. Sie könne sich für Poppenweiler ein Hotspot für den Radsport vorstellen. Der Stadtteil wachse in der Bevölkerung weiter. Heute könne ihre Fraktion dem Raumprogramm nicht zustimmen.

Heute werde nur das Raumprogramm beschlossen, erläutert EBM **Seigfried**. Dies sei noch keine finale Zusage.

Die Vereinsarbeit sei wichtig und übernehme eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, merkt Stadträtin **Dr. Klünder** an. Mit einer Zustimmung wecke man Erwartungen. In die Planung werde viel Zeit und Geld investiert. Die Kostenhöhe stehe noch nicht fest. Vermutlich könne dies finanziell jedoch so nicht gestemmt werden. Der Stadtteil warte bereits lange auf eine Halle. Sie werde sich dem Raumprogramm dennoch nicht verschließen.

Stadtrat **Dengel** signalisiert seine Zustimmung. Die Entwicklung müsse abgewartet werden.

Auf die lange Wartezeit des Stadtteiles bezieht sich Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Der heutige Beschluss des Raumprogrammes sei sinnvoll. Die Reihenfolge solle dennoch eingehalten werden. Er verweist auf die Haushaltsberatungen. Die Halle werde als Veranstaltungsstätte genutzt. Zudem habe die Schule ebenso Bedarf. Er werde zustimmen.

Ebenso zustimmen wird Stadtrat **Heer**. Alle drei Sporthallen werden gewollt. Die Vereine leisten eine sehr gute Arbeit und warten bereits lange darauf. Die Finanzierung hierzu müsse aufgestellt werden.

Auf die soziale Rolle der Vereine geht Stadträtin **Schmidt** ein. Die Maßnahme sei sinnvoll und stimmt zu.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen. Er verweist auf den Haushaltsvorbehalt und die Einhaltung der Reihenfolge bezüglich der Hallenwünsche.

TOP 2**DJK SG Ludwigsburg e.V. - Baukostenzuschuss
Neubau Geschäftsstelle**Vorl.Nr. 277/19

Beschluss:

Die DJK SG Ludwigsburg e.V. erhält für den Neubau einer Geschäftsstelle bei anrechenbaren Kosten in Höhe von 130.700 € einen Zuschuss gemäß den städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 65.350 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag und eine Aussprache nicht erwünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Aufnahme einer weiteren Kindergartengruppe für 20 Kinder im Alter von 3-6 Jahren mit einer Betreuungszeit von 10 Stunden wird zugestimmt. Zur Deckung der laufenden Betriebskosten erhält der Träger eine Betriebskostenförderung entsprechend dem bestehenden Kindergartenvertrag. Im Haushaltsjahr 2021 liegt der zusätzliche Betreuungskostenaufwand bei rund 193.000 Euro, ab dem Jahr 2022ff bei rund 136.000 Euro.
2. Dem Raumprogramm für die Erweiterung des Kinder- und Familienzentrums bei der Kreuzkirche, Auf dem Wasen 33, wird zugestimmt.
3. Der Sanierung und der Erweiterung des Kinder- und Familienzentrums wird zugestimmt.
Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2020ff erhält die Evangelische Kirche eine Baukostenförderung von maximal 2,16 Millionen Euro. Fördermittel Dritter werden von dieser Summe abgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Vertreter der evangelischen Kreuzkirche. Es sei eine tolle und wichtige Entwicklung für das Kinder- und Familienzentrum und des Gemeindezentrums. Weiter geht er auf den Finanzierungsvorbehalt ein.

Herr **Brändle** (FB Bildung und Familie) informiert über die Maßnahme anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Trotz der beschlossenen Maßnahmen, sei Handlungsbedarf vorhanden. Der Bedarf auf die 20 weiteren Plätze sei aktuell und langfristig gegeben. Vor Ort habe man sich die baulichen Strukturen angeschaut. Eine Neustrukturierung sei notwendig. Erschwerend müsse der Denkmalschutz beachtet werden. Für das Außengelände wünsche man noch eine Veränderung. Die anteiligen Kosten belaufen sich auf 2,8 Millionen Euro. Der Baukostenzuschuss betrage 2,2 Millionen Euro. Hiervon können eventuell nachfolgende Mittel aus dem Investitionsprogramm der Kindertagesbetreuung abgezogen werden, falls es zu einem Nachfolgemodell des Programmes komme. Zudem können 42.000,-- Euro aus einer Förderung aus dem Jahre 2009 für die verbleibenden Förderjahre vom Zuschuss abgezogen werden.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** wird der Vorlage zustimmen. Mit der Sanierung bieten sich neue Optionen für die Kinderbetreuung, ohne eine weitere Versiegelung von Grundfläche. Zudem könne die Maßnahme im laufenden Betrieb durchgeführt werden.

In der Vergangenheit habe man mit diesem Partner erfolgreich zusammengearbeitet, merkt Stadtrat **Meyer** an. Man wolle eine Trägervielfalt und gute Partnerschaft. Unter dem

Haushaltsvorbehalt stimme er dieser zukunftsfähigen Maßnahme gerne zu.

Die Maßnahme sei notwendig, so Stadtrat **Dengel**. Seine Fraktion werde zustimmen.

Das Kinder- und Familienzentrum habe vielfältige Aufgaben. Die Grundvoraussetzung für diese Angebote seien geeignete Räumlichkeiten, so Stadträtin **Metzger** und stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Heer** sieht die Maßnahme als sinnvoll an. Der Bedarf sei vorhanden und die Notwendigkeit gegeben. Vorbehaltlich der Finanzierung stimmt er gerne zu.

Stadträtin **Schmidt** signalisiert ebenso ihre Zustimmung.

Stadträtin **Shoaleh** wünscht die Einplanung eines Appartements für Beschäftigte.

Dies sei nicht möglich, da der Platz komplett ausgereizt sei, merkt hierzu Herr **Rücker** (ev. Kreuzkirche) an.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen sei, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** merkt an, dass sich der Antrag auf das Schuljahr 19/20 bezogen habe und somit obsolet sei. Sie fragt an, ob die VKL Kinder in die Kernzeitbetreuung aufgenommen werden können, auch wenn die Eltern nicht berufstätig seien beziehungsweise an keiner Maßnahme teilnehmen.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) geht auf die Frage ein. Grundsätzlich gelten die Richtlinien für alle Eltern, so Wittmann. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte hierdurch gestärkt werden. Erleichterte Aufnahmebedingungen für die Kinder der VKL Klassen sehe er problematisch. Künftig wolle man bei der Sophie-Scholl-Schule eine Unterbringung in gemischten Klassen. Hierzu müsse das staatliche Schulamt noch zustimmen.

EBM **Seigfried** geht auf unterschiedlichen Situationen in den Klassen ein. Man habe in besonderer Weise auf die Lernsettings bei den VKL Klassen geachtet.

Der Bedarf sei gegeben, merkt Stadtrat **Meyer** an. Die Lehrer und Betreuer seien an der Situation näher dran und können eine individuelle Einschätzung geben. Man brauche eine flexible, situationsbedingte Lösung. Hierzu solle eine Abfrage des Bedarfes erfolgen.

Eine Mittagessenversorgung für die Vorbereitungsklassen sei sinnvoll und solle ermöglicht werden, so Stadtrat **Heer**.

Es solle nach sozialen Gesichtspunkten entschieden werden, meint Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Sofern das System erweitert oder angepasst werden müsse, wolle er dies gerne unterstützen.

Herr **Wittmann** fügt hinzu, dass bereits heute die Möglichkeit der Teilnahme bestehe, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen. Bei geringem Einkommen gebe es eine Vielzahl von Vergünstigungen. Man stehe im engen Kontakt mit den Schulen. Aus pädagogischen Gründen könne eine Aufnahme ebenso erleichtert werden.

Das Thema Bildung und Teilhabe sei wichtig, erinnert Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**.

Im Weiteren informiert Herr **Wittmann** über die Vielzahl von Tätigkeiten in der Ferienzeit und zeigt Impressionen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** schließt im Anschluss diesen Top.

Beratungsverlauf:

Siehe Top 4.

Antrag ist durch die Beratung zu Top 4 erledigt.

Beschluss:

Der Bedarf für die Anstellung der hauswirtschaftlichen Kräfte in Kindertageseinrichtungen der evangelischen Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg, der katholischen Kirche Ludwigsburg, der AWO Ludwigsburg GmbH und der Stadt Ludwigsburg wird auf der Basis des nachfolgenden Schlüssels anerkannt:

Anzahl der Essen pro Tag	Stellenanteil
10	0,1
20	0,2
30	0,25
40	0,3
50	0,4
60	0,5
70	0,55
80	0,6
90	0,65
100 und mehr	0,7

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag und eine Aussprache nicht erwünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Dem vorliegenden Ausbaukonzept zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit wird unter Vorbehalt der Bereitstellung von erforderlichen Haushaltsmitteln zugestimmt.

1. Ausbauphase 1 – Ausbau der antragstellenden weiterführenden Schulen um jeweils 50 % VZÄ ab Januar 2020.
2. Ausbauphase 2 – Einrichtung der Schulsozialarbeit an der Fuchshofschule in der 1. Stufe mit 50 % VZÄ ab September 2020.
3. Ausbauphase 3 – Ausbau der Grundschulen ab fünf Zügen (Schlößlesfeldschule und Fuchshofschule) um je 50 % VZÄ ab 2021.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Burtchen** (FB Bildung und Familie) geht auf die Vorlage ein. Der Trend gehe zur Einzelfallhilfe und Einzelberatung. Das Ausbaukonzept solle mitgetragen werden, wünscht er.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für die ausführliche Vorlage. Die Maßnahme sei dringend notwendig und eine sinnvolle Prävention. Die Investition sei wichtig. Weiter geht sie auf die gesellschaftliche Veränderung unter anderem der Berufstätigkeit beider Elternteile ein.

Der Bedarf sei gegeben, merkt Stadtrat **Meyer** an. Er stellt die Frage bezüglich der Messung der Wirkung. Zudem interessiere ihn die Quote der Schulabbrecher. Man habe eine zunehmende Vernetzung zwischen Kindertagesstätte, Schulen und Jugendhilfe. Die Betreuung sei nahezu durchgehend. Er sehe ebenso die Verantwortung beim Land. Die doppelte Berufstätigkeit alleine sehe er nicht als Grund. Die Lehrer müssen leider vermehrt einem Erziehungs- und Bildungsauftrag nachkommen. Weiter verweist er auf die Haushaltslage. Er stimmt der Vorlage zu.

EBM **Seigfried** geht auf die Wirksamkeit ein. Es gebe keine maßgeblichen Indikatoren. Weiter geht er auf die rückläufige Schulabbrecherquote ein.

Stadträtin **Moersch** ist froh über die Vollzeitstelle für Gymnasien. Ihre Fraktion habe dies schon immer befürwortet. Die Schulsozialarbeit wirke und sei ein wichtiger Baustein des schulischen Lebens. Die Gesellschaft und die Elternschaft haben sich verändert. Man brauche eine intensive Begleitung. Sie sieht den Zuschuss des Landes als zu gering, da dies eine Landesaufgabe sei. Jede Schule sollte eine Vollzeitstelle zugewiesen bekommen. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Metzger** sieht eine Vollzeitstelle ebenso für notwendig.

Stadtrat **Heer** sieht die Verantwortung der Erziehungsarbeit vorrangig bei den Eltern. Der gesellschaftliche Wandel mache diese Arbeit wichtig. Es solle ein Zusammenspiel der Eltern und Sozialarbeitern sein. Dringend notwendig sehe er diese Einrichtung ebenso im Bildungszentrum West.

Ebenso ihre Zustimmung signalisiert Stadträtin **Schmidt**. Zudem werden vermehrt Anlaufstellen gebraucht und sie wünscht eine flächendeckende Übersicht.

Herr **Burtchen** bedankt sich für das positive Feedback und geht auf die offenen Fragen ein. Vor allem im Grundschulbereich habe es Schulen ohne Schulsozialarbeit gegeben. Für die weiterführenden Schulen sei dies ebenso von Vorteil. Die präventive Arbeit biete Neutralität für Schüler, Lehrer und Eltern und dient einem guten Schulklima.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) berichtet über die durchgeführten Wahlen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er dankt allen Helfern und spricht ein großes Lob an die Mitarbeitercrew aus.

EBM **Seigfried** dankt ebenso allen Beteiligten. Künftig müsse die Arbeit gegebenenfalls ebenso auf weitere Fachbereiche aufgeteilt und stärker gebündelt werden. Viele Aufgaben werden nach außen nicht wahrgenommen.

Seinen Dank spricht Stadtrat **Bauer** aus und merkt an, dass die herausfordernde Arbeit mit Bravour geleistet worden sei. Positiv begrüßt er, dass die Wahllokale auf Barrierefreiheit geprüft worden seien.

Im Anschluss schließt EBM **Seigfried** den öffentlichen Teil der Sitzung.